

10.09.2019

Niederschrift über die Senatssitzung

(1.2)

Frau Senatorin Prüfer-Storcks trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2019/2017,
betreffend

Änderung der Verordnung über das Verfahren zur Abrechnung der
fallbezogenen Krebsregisterpauschalen und der Meldevergütungen
durch das Hamburgische Krebsregister (Hamburgische
Krebsregisterabrechnungsverordnung - HmbKrebsRAbrVO) vom 10.
Februar 2015,

vor.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte „Verordnung zur Änderung der
Hamburgischen Krebsregisterabrechnungsverordnung“.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit



Berichterstattung:
Senatorin Prüfer-Storcks
Staatsrat Dr. Gruhl

TOP I 2
VO

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2019/02017
vom: 23.08.2019

Änderung der Verordnung über das Verfahren zur Abrechnung der fallbezogenen Krebsregisterpauschalen und der Meldevergütungen durch das Hamburgische Krebsregister (Hamburgische Krebsregisterabrechnungsverordnung - HmbKrebsRAbrVO) vom 10. Februar 2015

A. Zielsetzung

Anpassung der Verordnung über das Verfahren zur Abrechnung der fallbezogenen Krebsregisterpauschalen und Meldevergütungen, um die personenbezogene Abrechnungsprüfung mit den privaten Krankenversicherungen datenschutzrechtlich abzusichern.

B. Lösung

Änderung der Hamburgischen Krebsregisterabrechnungsverordnung

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Keine

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Keine für Hamburg

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Durch diese Drucksache keine.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik
- Klimaschutz
- Bürokratieabbau
- Inklusion
- Gleichstellung

G. Alternativen

Verzicht auf Erlass einer Verordnung mit der Folge, dass die Kosten für die Pauschale und die Meldevergütungen nicht von der Privaten Krankenversicherung gezahlt werden.

H. Anlage

Entwurf „Änderung der Hamburgischen Krebsregisterabrechnungsverordnung“